

Das Programm der „unterdrückten Nationalitäten“.

In Haag, 27. Okt. Holländisch Nieuwsbureau meldet aus Philadelphia: In der Independence Hall fand ein Kongress der unterdrückten Nationalitäten unter Vorsitz von Masaryk statt. Der Kongress stellte folgende Grundsätze fest, die die Union der unterdrückten Völker bestimmen soll: 1) Der Verein stellt sich auf den Standpunkt des Nationalitätenprinzips, das in seinen demokratischen und sozialen Konsequenzen gewissenhaft durchgeführt werden muß, jedoch die Nation oder die Teile der Nation das Recht der Selbstbestimmung ausüben können. Da die Vermischung der Nationalitäten an ihren Grenzen in den meisten Fällen auf die Entnationalisierungspolitik der Dynastien und der autokratischen Regierungen zurückzuführen ist, ist oft eine scharfe Unterscheidung der Nationalitäten unmöglich. Deshalb müssen die bestehenden wirtschaftlichen, kulturellen und geographischen Bedingungen und die militärischen und strategischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Die mitteleuropäische der unterdrückten Nationen ist der Ansicht, daß es die Aufgabe der Friedenskonferenz ist, bei der Abfassung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden die alten militärischen Richtlinien und Methoden auszuschalten. 2) Die Union lehnt alle Versuche der Autokratie, zweiseitige die Nationalisierung durchzuführen, entschieden ab, ebenso die Versuche, die natürlichen Kräfte der verschiedenen Nationalitäten zu unterdrücken. Die Absicht der Friedenskonferenz muß sein, diese materiellen und geistigen Kräfte zu befreien und ihnen volle Gelegenheit zu geben, zum Wohl der allgemeinen Kultur und der Menschheit mitzuwirken; 3) Die Union nimmt keineswegs Stellung gegen eine Volksabstimmung, die die nationalen, politischen Fragen entscheiden soll, aber, weil ihr bekannt ist, daß diesen praktische Mittel oft mißbraucht werden kann, genehmigt sie eine Volksabstimmung nur, wenn sich die in Betracht kommenden Nationalitäten oder deren Teile völlig ohne Zwang äußern können. Daher ihr Wunsch, daß die Große der Vereinigten Staaten diesen Gebieten, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll, vorübergehend befehlen, denn die Vereinigten Staaten haben keinerlei territoriale Wünsche in Europa. Daher würde ihr Meer gerne zur Ausübung der Kontrolle in den Gebieten, wo man eine Volksabstimmung abhalten will, willkommen heißen werden; 4) Nationale Minderheiten sollen in allen Ländern volle Freiheit und gleiches Recht haben. Die Völkerunion spricht sich dafür aus, daß das Völkerrecht die Rechte der nationalen Minderheiten stützen soll. Der Völkerbund kann verwirklicht werden, wenn diese nationalen Minderheiten gegen Entnationalisierungsbestrebungen geschützt werden; 5) Die Union protestiert gegen alle Versuche, Nationen oder Teile von Nationen gewaltsam umzusiedeln zu lassen. Sie widerspricht derartigen alldeutschen Plänen und den Projektionen, die die Zentralmächte bereits verschiedenen Teilen der unterdrückten Nationalitäten verübt haben, indem sie die Bevölkerung ganzer Distrikte fortschleppen und eine fremde Bevölkerung dort ansiedeln. Als Beispiel dafür braucht nur Serbien, Kroatien, Podonien und Teile Griechenlands erwähnt zu werden; 6) Die Union bedauert die Unzuverlässigkeit der offiziellen Mitteilungen und Dämonen über Nationalitäten und Minderheiten, die von der Regierung als Mittel zur Entnationalisierung benutzt wurden. Die Friedenskonferenz soll die notwendigen Korrekturen vornehmen, wozu die verschiedenen Nationalitäten ihr statistisches Material über Erhöhung der Geburtenziffer, Ansiedlung usw. zur Verfügung des Friedenskongresses stellen müssen.

Bei der Besprechung der politischen Ziele der mitteleuropäischen Union wird darauf hingewiesen, daß wir weder erwarten noch verlangen, daß alle Nationalitäten in der Union voll vertreten sein sollen, da im Rahmen der Union Raum für eine teilweise Vertretung ist. Eine Föderation der Balkanvölker, eine engere Vereinigung der Tschechen und Polen und anderer Gruppen wird beantragt.

Alle Vertreter betonten ausdrücklich die große Bedeutung der wirtschaftlichen Grundlage der Union, die die Wahrung der wirklichen gemeinschaftlichen Interessen sichert. Die befreiten Nationen wünschen eine neue Eisenbahn- und Kanalpolitik, die einen direkten Austausch der Erzeugnisse zwischen den Verkündeten ermöglicht und eine rationelle Verteilung der nationalen Reichtümer durch die Union der Nationen fördern kann. Es gibt Nationen, welche keinen eigenen Ausweg nach dem Meere haben. Dieser könnte von den dazwischenliegenden Ländern gegeben werden. Diese und andere ähnlichen Fragen hängen mit dem schon erwähnten Problem des künstlich herbeigeführten Zuwachses zusammen.

Nicht nur die wirtschaftlichen gemeinsamen Interessen, sondern auch eine gemeinsame Unterrichtspolitik wird die Ziele der Union fördern. Die Schulen der befreiten Nationalitäten werden einen neuen Patriotismus pflegen, aber gleichzeitig die freundschaftlichen Gefühle für die Nachbarn und alle Nationen pflegen.

Die Union hofft, daß die irreführenden Deutschen und Ungarn im Laufe der Zeit sich ihr anschließen werden in dem aufrichtigen Wunsch der alliierten Nationen, den Wiederaufbau und die Wiedergeburt Europas und der Menschheit zu fördern. Das Ziel der Union ist positiv und aufbauend und nicht nur negativ. Selbstredend ist notwendig, die Autokratie zu beseitigen und ein demokratisches Europa aufzubauen.